

Information

nach Artikel 13 EU-Datenschutz-Datenschutzgrundverordnung (EU-DSGVO)
bei Erhebung von personenbezogenen Daten bei der betroffenen Person

Verantwortliche Stelle

Stadt Meerbusch, Die Bürgermeisterin

hier handelnd durch:

Fachbereich 1
Abteilungsleitung
Gewerbe
Wittenbergerstr. 21
40668 Meerbusch
02132/916-159
Arnd.Roemmler@meerbusch.de

Datenschutzbeauftragte

Die Datenschutzbeauftragte der Stadt Meerbusch
Dorfstraße 20
40667 Meerbusch
Tel. 02132/916-418
datenschutz@meerbusch.de

Zweck/e der Datenverarbeitung

In der Abteilung Gewerbe werden personenbezogene Daten verarbeitet, die vom Gewerbetreibenden bei der An-, Ab- und Ummeldung gewerblicher Tätigkeiten angegeben werden.

Es handelt sich dabei um

- Daten zur Person
- sogenannte Stamm- und Kommunikationsdaten
- bei gebührenpflichtigen Vorgängen um Zahlungsdaten und
- bei sonstigen erlaubnispflichtigen Gewerben um Betriebsdaten zu Betriebsstättenbesonderheiten.

Außerdem werden – im Rahmen der gewerblichen Tätigkeit – personenbezogene Daten verarbeitet, die ich datenschutzkonform von Dritten (z.B. Behörden, Versicherungen, Sozialversicherungsträgern; Privaten) erhalte.

Die Datenerhebung erfolgt zu folgenden Zwecken:

- Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung, die der Stadt Meerbusch unterliegt, Art. 6 Abs. 1 lit. c) DSGVO.
- Wahrnehmung einer Aufgabe, die im öffentlichen Interesse liegt oder in Ausübung öffentlicher Gewalt erfolgt, die der Stadt Meerbusch übertragen wurde, Art. 6 Abs. 1 lit. e) DSGVO.

Rechtsgrundlage/n für die Datenverarbeitung

Die Daten werden unter Berücksichtigung der datenschutzrechtlich relevanten Bestimmungen der EU Datenschutzgrundverordnung (DSGVO), dem Datenschutzgesetz Nordrhein-Westfalen (DSG NRW) und den Datenschutznormen, die für das jeweilige Gewerbe einschlägig sind, verarbeitet.

Diese sind u.a.:

- die Gewerbeordnung
- das Gaststättengesetz
- das Personenbeförderungsgesetz
- der Glücksspielstaatsvertrag
- das Gesetz über den Güterkraftverkehr
- die Handwerksordnung
- das Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz
- das Prostituiertenschutzgesetz
- sonstige gewerberechtliche Vorschriften, Verordnungen und andere.

Empfänger oder Kategorie von Empfängern der Daten

Der Fachbereich Bürgerbüro, Sicherheit, Ordnung kann zum Zwecke der gesetzlichen oder vertraglichen Aufgabenerledigung die gespeicherten Daten an Dritte übermitteln.

Dabei handelt es sich u. a. um

- den Rhein-Kreis Neuss
- die Regionaldirektion Neuss der Ortskrankenkasse AOK
- den Fachbereich Stadtplanung und Bauordnung der Stadt Meerbusch
- den Fachbereich Straßen und Kanäle der Stadt Meerbusch (bei Gaststätten)
- das Finanzamt
- zukünftige oder vorherige Gewerbemeldstellen
- die Wirtschaftsförderung
- die Handwerkskammer
- die Industrie- und Handelskammer (IHK)
- das Landesamt für Statistik NRW (StaLA NRW)
- die Deutsche Gesetzliche Unfallversicherung (DGUV)
- den Service Finanzen (SFI) der Stadt Meerbusch
- ggf. das Hauptzollamt

Eine Datenübermittlung in Drittstaaten findet nicht statt.

Dauer der Speicherung oder Kriterien für die Feststellung der Speicherdauer

Die Daten werden entsprechend der gesetzlichen Vorgaben gespeichert, das heißt, dass Daten nur so lange verarbeitet und gespeichert werden, wie es für die Erfüllung der entsprechenden Aufgabe erforderlich ist.

Die konkrete Speicherdauer ist abhängig von dem Zweck der Datenverarbeitung sowie von verschiedenen Aufbewahrungs- und Dokumentationspflichten und den gesetzlichen Verjährungsfristen.

Gelangen personenbezogene Daten an das Bürger- und Ordnungsamt und ist eine Zuständigkeit für die Verarbeitung nicht gegeben, werden sie unmittelbar gelöscht.

Pflicht zur Bereitstellung der Daten und mögliche Folgen einer Nichtbereitstellung

Zur Aufgabenerfüllung müssen der Stadt Meerbusch nur diejenigen persönlichen Daten zur Verfügung gestellt werden, die für die Erfüllung der Aufgabe beziehungsweise der Begründung, Durchführung und Beendigung einer Geschäftsbeziehung erforderlich sind.

Sind diese nicht vollständig, so kann es sein, dass Leistungen nicht oder nur teilweise gewährt werden können, entzogen werden oder dass sich die Bearbeitung verzögert.

Ferner wird in der Regel der Vertragsschluss abgelehnt und bereits bestehende Verträge nicht mehr durchgeführt und beendet.

Darüber hinaus sind personenbezogene Daten bereitzustellen, die für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten und Verhinderungen von Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung erforderlich sind.

Rechte der betroffenen Personen

Betroffene Personen haben bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen folgende Rechte:

- Recht auf Auskunft über die verarbeiteten personenbezogenen Daten
- Recht auf Akteneinsicht nach den verfahrensrechtlichen Bestimmungen
- Recht auf Berichtigung unrichtiger personenbezogener Daten
- Recht auf Löschung personenbezogener Daten
- Recht auf Einschränkung der Datenverarbeitung
- Recht auf Widerspruch gegen die Datenverarbeitung wegen besonderer Umstände
- Recht auf Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde

Zuständige Aufsichtsbehörde

Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit
Nordrhein-Westfalen
Kavalleriestr. 2-4, 40213 Düsseldorf
Telefon 0211/38424-0, Fax 0211/38424-10
E-Mail: poststelle@ldi.nrw.de
Internet: www.ldi.nrw.de